

Einem schönen Abend wünscht Barbara Schieder.

Die NATO hat jetzt 31 Mitglieder Finnland, ist seit wenigen Stunden das vorerst jüngste.

Mit einem riesigen Polizeiaufgebot soll in New York ein Aufmarsch der Trump-Fans verhindert werden, der Ex-Präsident muss dort in Kürze vor Gericht erscheinen.

SBE-Abgeordnete sorgen mit unterschiedlichsten Erklärungen zu ihrem Fernbleiben von der Zelenskirche im Parlament für Verwunderung.

Israels Regierung hat heute grünes Licht für eine höchst umstrittene Nationalgarde gegebenen Passent dazu, das heutige Journal-Panorama.

Da geht es um die zunehmend schwierigere Lage der palästinensischen Bevölkerung im Westjordanland

ab 18.25.

Eine Millionenstrafe für TikTok setzt es in Großbritannien und Einsamkeit macht ebenso müde wie Hunger, besagt die Wissenschaft.

Vor allem das Wetter Daniel Schrott, bitte.

Alle Landeshauptstädte sind heute unter 10 Grad geblieben.

Die Kälteste war Salzburg mit einem Höchstwert von nur 6 Grad.

In der kommenden Nacht wird es sehr kalt, wir erwarten in ganz Österreich Frost, denn der Wind wird etwas schwächer und der Himmel ist meistens klar.

Damit starten wir morgen am Mittwoch mit viel Sonnenschein.

Im Westen und Süden bleibt es auch tagsüber sonnig, allmählich ein paar dichtere Wolken tauchen besonders vom Müllviertel bis ins Nordborgenland auf.

Höchstwerte morgen, 2 bis 10 Grad, die Zähnen vor Arlberg, Tirol und Kärnten.

Die Zeit der militärischen Bündnisfreiheit Finnlands ist, Vergangenheit seit wenigen Stunden ist, das Land Nartung mitglied.

Vom Beginn einer neuen Ära war da heute die Rede, begleitet wurde der Beitritt erwartungsgemäß von scharfen Tönen aus Russland, das sich bedroht fühlt.

Dabei war es Russland, das mit seinem Angriff auf die Ukraine ein gefüllter Bedrohung bei den Finnen und so auch der NATO-Beitritt erst ausgelöst hat.

Immerhin ist die gemeinsame Grenze mehr als 1300 Kilometer lang.

Aus Brüssel berichtet Robert Zickmund.

Seit den Nachmittagsstunden weht nun auch die weiß-blaue Flagge Finnlands auf dem Gelände des NATO-Hauptquartiers.

NATO-Generalsekretär Jens Deutenberg bezeichnet die schnelle Aufnahme des kandinavischen Landes

als historischen Tag.

Putin wollte weniger NATO in Europa haben und bekam nun das exakte Gegenteil.

Die NATO-Gründung fand genau heute vor 74 Jahren in Washington statt und heute begrüßen wir Finnland als unser 31.

Mitglied.

Eine gute Art, das zu feiern.

Nun müsse auch Schweden rasch beitreten zu US-Ausminister Blinken heute in Brüssel, der ebenfalls eine Stärkung der NATO sieht.

Eine Folge der russischen Aggression.

Als Reaktion kündigt Russland bereits Gegenmaßnahmen an, der Beitritt Finnlands lasse das

Konflikt

Risiko steigen, heißt es aus dem Kremel.

Zugleich teilt Mosker heute mit, dass Bela-Russische Kampfjets nun auch nuklear bestückt werden können

und auch raketengestützte Kernwaffen in Bela-Russ stationiert werden.

Für den litauischen Außenminister Lanz Berges bedrohe das auch die baltischen NATO-Staaten.

Atomwaffen an unseren Grenzen sind leider Realität, doch noch etwas müssen wir sehen.

Bela-Russ hört langsam auf, ein souveräner Staat zu sein.

Die NATO will die russischen Drohungen und genau analysieren, so Jens Deutenberg heute.

Wozu wütende Trump-Fans fähig sind, was man spätestens seit dem Sturm aufs Kapitol.

Entsprechend hoch sind heute die Sicherheitsvorkehrungen in New York, wo der Ex-Präsident in Kürze vor

Gericht erscheinen muss.

Wegen der Zahlung von Schweigegeldern eine Porno-Darstellerin wird dort heute die Anklage gegen ihn verlesen.

Die New Yorker Polizei ist in Alarmbereitschaft.

Man nimmt die Aussage von Donald Trump, eine Anklage gegen ihn werde tot und Zerstörung zur Folge haben, sehr ernst.

Bürgermeister Eric Adams mahnt zur Zurückhaltung.

Unsere Botschaft ist klar und einfach, reißen sie sich zusammen, die Stadt ist unser Zuhause und kein Spielplatz für ihre Fehlgeleiteten.

Das Prozedere im Gericht wird heute voraussichtlich nur wenige Minuten dauern.

Es werden die Personalien des Ex-Präsidenten aufgenommen, er wird sich zu den Vorwürfen nicht schuldig bekennen.

Auf die sonst üblichen Handschellen und der Entnahme einer DNA-Probe soll verzichtet werden.

Richter John Merchant hat die Fernsehkameras aus dem Saal ausgeschlossen, ein Fotograf wird die Szene allerdings dokumentieren.

Der Personenschutz vom Secret Service, auf den Trump als Ex-Präsident anspruch hat, wird die ganze Zeit nicht von seiner Seite weichen.

Richter Merchant hat bereits den Vorsitz im Fall gegen das Unternehmen von Donald Trump geführt, dort hat er dessen ehemaligen Finanzchef Allen Weisselberg zu einer Haftstrafe verurteilt.

Trump wirft dem Richter deswegen Befangenheit vor, sagt er erwarte kein faires Verfahren, eine Strategie mit der sich Trumps Anwalt Jota Copina höher schwer tut.

Es ist die Meinung des Präsidenten.

Entgegen früheren Meldungen soll Trump seine Meinung dann auch vor dem Gerichtsgebäude kommtun, noch am Nachmittag New Yorker Zeit will er dann nach Florida zurückfliegen, dort hat er für den Abend eine politische Rede angekündigt.

Aus den USA hat Thomas Lang Paul berichtet.

Wer hätte gedacht, dass die lange aufgeschobene Rede des ukrainischen Präsidenten Selens G. im österreichischen Parlament auch noch ein innenpolitisches Nachspiel hat, dass die Freiheitlichen aus Protest dagegen den Sitzungssaal verlassen war angekündigt und somit keine Überraschung, überraschend waren dagegen die vielen leeren Plätzenden rein der S-Pö.

Ihr unterstellte Russland-Freundlichkeit, weist man dort zwar als Abstrus zurück, selbst der ausgewiesene Partei Kenner Anton Pellinka hat dabei so seine Zweifel Tanja Mahle berichtet. Die meisten S-Pö Abgeordneten, die der Rede des ukrainischen Präsidenten Selens G. im Parlament fernblieben, begründen das gegenüber der Wochenzeitung Falter in teils sehr ähnlichen Worten, etwa mit einem privaten Termin und Vorbehalten gegen Nationalratspräsident Sobotka.

Politische Motive erstellen sie in Abrede und drücken der ukrainischen Bevölkerung ihre Solidarität aus, Anders Bildungssprecherin Petra Tanzler.

Abgesehen davon hat eine Rede eines kriegsführenden Staatschefs der Kriegspropaganda betreibt, die Gewerkschaften in seinem Land bekämpft und angeblich Streu- und Phosphatbomben auf unschuldige abwerfen lässt, in einem Parlament eines sich zur Neutralität bekennenden Landes nichts zu suchen.

Auf die österreichische Neutralität und Selenskis Innenpolitik verweisen auch die Abgeordneten Andreas Kollros und Rudolf Silvan, der schreibt,

Es war und ist im Wesentlichen die Politik vom Präsident Selenski, die Gegenarbeitnehmer innen vorgeht, die mich zu diesem Entschluss kommen ließ, von der Rede fernzuleiben.

Nur Sabine Schatz, Sprecherin für Erinnerungskultur, befindet im Nachhinein er sei ein Fehler gewesen, der Rede Selenskis nicht beigewohnt zu haben.

Dass Russland Freundlichkeit auch ein Grund für das Fehlender Abgeordneten gewesen sei, stellte Vize Klubchef Leichtfried zuletzt als sehr abstrus in Abrede.

Politologe Anton Pilinger adästiert Teilen der Partei allerdings Sowjet-Nostalgie und meint damit.

Diese aus meiner Sicht völlig falsche Gleichsetzung Sowjet-Union und der russischen Föderation, die ein autoritäres nationalistisches Regime ist.

Auch seit der Krim-Annexion 2014 zeigen Postings und Aussendungen von SPÖ-Funktionären, teils von Sympathien für Moskau und dessen Positionen.

Politologe Pilinger sagt in Richtung Parteichefin Pamela Rendiwagner, die auch außenpolitischer Sprecherin der SPÖ ist.

Inzwischen hätte die SPÖ-Spitze schon keine Worte finden können.

Laut offizieller Parteilinie verurteilt die SPÖ den Angriff Russlands auf die Ukraine.

Ganz im Sinne der SPÖ dürfte dagegen das Ergebnis einer aktuellen Sora-Umfrage im Auftrag des gewerkschaftsnahen Momentum-Instituts sein.

Eine große Mehrheit der Befragten sieht demnach das Vermögen im Land ungerecht verteilt und einer überraschend deutliche Mehrheit spricht sich für die Einführung einer Vermögenssteuer aus.

Zwei Drittel der Österreicherinnen und Österreicher sind für die Einführung einer Vermögenssteuer, das besagt die aktuelle, repräsentative Sora-Umfrage.

2000 Personen ab 16 Jahren wurden dafür befragt und sowohl Menschen mit niedrigem Einkommen als auch Menschen mit hohem Einkommen sprechen sich mehrheitlich für die Vermögenssteuer aus, sagt Studienatorin Martina Zanonella vom Sora-Institut.

Wir haben in jeder Klasse, also sowohl in den unteren Klassen als auch in den mittelklassen, als auch in den oberen Klassen, zumindest 60 Prozent der Menschen, die sagen, eine Vermögenssteuer

wäre gut, wenn das eingeführt werden würde.

55 Prozent der Befragten wollen auch höhere Steuern für Unternehmensgewinne. Damit sei die Politik gefordert, nicht nur zu diskutieren, sondern Maßnahmen für eine Umverteilung in Österreich zu setzen, findet Auftrag Eva Leonhard Dobusch vom Momentum-Institut.

Es ist nicht mal so, dass man hier wirklich ab und gegen Reich ausspielen muss, sondern es gibt eigentlich einen breiten gesellschaftlichen Konsens, stärker vermögende und große Einkommen in die Pflicht zu nehmen.

Das muss ja auch im Sinne der Politik sein, glaubt Dobusch, denn die Unzufriedenheit in der Bevölkerung sei groß.

Sieben von zehn Befragten finden laut der Studie die aktuelle Verteilung von Vermögen ungerecht.

Die Verantwortung dafür sehen Sie bei der Politik.

Viktoria Waldecker hat berichtet.

Der Rechnungshof stellt der Regierung im Umgang mit Steuergeld während der Corona-Pandemie kein gutes Zeugnis aus.

Anhand von Prüfberichten der vergangenen drei Jahre erorten die Prüfer einigen Verbesserungsbedarf,

insbesondere was die großzügige Verteilung von Fördergeld bei gleichzeitig mangelnder Kontrolle betrifft, Peter Daser berichtet.

Fast 48 Milliarden Euro hat der Staat als Corona-Hilfzahlungen vergeben.

Pro Kopf waren das etwa doppelt so viel wie in Deutschland oder in der Schweiz.

Laut Rechnungshof, mit mangelnder Treffsicherheit und mit dem Risiko von Überförderungen, so konnten sich manche Betriebe ihre Personalkosten gleich aus mehreren Fördertöpfen abgelden lassen.

Andere Förderungen wurden ohne Überprüfung von Berechtigung oder Bedarf ausgeschüttet.

Das Staatsbudget wurde massiv belastet, die Schulden Österreichs sind gestiegen.

Rechnungshofpräsidentin Margit Krakat hat heute zeitgleich mit dem Bericht einen Podcast dazu veröffentlicht und sagt,

Für die Zukunft ist es wichtig, dass wir wieder darauf achten, dass wir öffentliche Mittel nur sehr zielgerichtet einsetzen und dass hier die Finanzierungen nicht ausufern.

Wir haben in der Covid-Pandemie, wenn man Österreich mit anderen europäischen Staaten vergleicht, sehr viel mehr öffentliche Mittel eingesetzt.

Das bedeutet natürlich, dass wir hier eine Last zu tragen haben, auch für die Zukunft.

Der Rechnungshof hat auch Empfehlungen vorgelegt für eine bessere Organisation im Gesundheitswesen.

So gab es bisher keine einheitlichen Daten über Erkrankungen oder die Kapazitäten der Spitäler, das Epidemiegesetz und der Pandemieplan waren veraltet.

Empfohlen werden unter anderem klare Regeln wie im Krisenfall Bund, Länder und Gesundheitseinrichtungen zusammenarbeiten sollen.

Die neoswerfende Regierung heute vor, Steuergeld ziellos mit der Gießkanne verteilt zu haben, die Freiheitlichen kritisieren, dass es keinen Untersuchungsausschuss zu Corona gibt.

Wie heute bekannt wurde, müssen sich ab Ende nächster Woche vier frühere Spitzenbeamte

des mittlerweile aufgelösten BVT und ein ehemals Ranghoher Vertreter des Bundesamts für Fremdenrecht und Asyl am Landesgericht Wien verantworten.

Es geht um die sogenannte Operation White Milk, eine Geheimdienstoperation in Zusammenarbeit mit dem israelischen Auslandsgeheimdienst Mossad, bei der die Wirtschafts- und Korruptions-Staatsanwaltschaft

Amtsmissbrauch ordnet, Petra Pichler berichtet.

Die WKSTA wirft den fünf Angeklagten in der 80-seitigen Anklageschrift vor, dass Asylverfahren eines syrischen Generals manipuliert zu haben, und zwar auf Bitten des Mossad, der den General als Informanten genutzt hat.

Eingefädelt wurde diese Geheimdienstkooperation, die intern unter dem Kodennamen Operation White

Milk gelaufen ist, laut Anklage vom damaligen Vizepvt.

Chef bei einem Israel-Besuch und zur Durchführung an seine Mitarbeiter weitergegeben.

Jedenfalls brachten Mossad-Agenten im Juni 2015 den syrischen Geheimdienstgeneral mit dem Auto aus Frankreich nach Österreich.

Von einem BVT-Chefin-Spector wurde er dann in die Erstaufnahmestelle Dreiskirchen gebracht, wo ein Asylantrag gestellt wurde.

Dabei soll der Syrer laut Anklage mit Wissen und Unterstützung der Angeklagten falsche Angaben für das Asylverfahren gemacht haben.

Sechs Monate später erhielt der Ex-General Asyl.

Zwar hatte der Mossad versichert, dass der Mann kein Kriegsverbrecher sei, allerdings meldete sich kurze Zeit später eine amerikanische NGO im Justizministerium und gab dort an Beweise

und Zeugen zu haben, die gegen den Ex-Geheimdienstgeneral Foltervorwürfe erheben würden.

An diesem Treffen nahmen auch zwei der nun angeklagten BVT-Beamten teil, sie sollen laut Anklage gegenüber der Justiz ihr Wissen in dem Fall vorsätzlich verschwiegen haben.

Angeklagt sind nun zwei aus der BVT-Kauser bekannte Ex-Spitzenbeamte, Abteilungsleiter

Martin Weh und Spionage-Chef Bernhard Peh, zwei weitere BVT-Mitarbeiter sowie ein Beamter des Bundesamtes für Erfremdenrecht und Asyl.

Alle weisen die Vorwürfe zurück, Anwalt Otto Dietrich, der den Ex-Spionage-Chef vertritt, bezeichnet die Anklage als völlig verfehlt.

Von Mossad-Aktivitäten in Österreich jetzt nach Israel, die vorläufige Verschiebung der umstrittenen Justizreform scheint dort nur ein Etappensieg für die Protestbewegung zu sein.

Denn schon beim ersten Ministerrat dieser Woche hat die rechtsreligiöse Regierung quasi im Abtausch ein weiteres umstrittenes Vorhaben genehmigt.

Eine nicht minder umstrittene Nationalgarde nämlich, die direkt dem wegen anti-arabischer Verhätzung bereits verurteilten Sicherheitsminister Itamar Ben-Guir unterstellt werden könnte, aus Teller-Weef-Berichter Tim Kubal.

Israels künftige Nationalgarde, 2000 Mann stark, unabhängig von Polizei und Armee und unter dem Kommando des Sicherheitsministeriums.

Die Kosten mehr als 250 Millionen Euro.

Dr.

Guy Luhrie vom israelischen Demokratie-Institut, es gibt die Sorge, dass sich diese neue

Nationalgarde

gegen die arabische Minderheit richten könnte.

Eine private Mehr für Sicherheitsminister Itamar Ben-Guir kritisiert Oppositionsführer Jair Irelapid zu Lasten von wichtigeren Ressorts wie Gesundheit, Bildung und Sicherheit.

Die Sorge besteht, dass die neue Nationalgarde unter dem direkten Einfluss des Sicherheitsministers

stehen könnte und dass der die Polizeiarbeit beeinflussen könnte.

Es ist ein politischer Erfolg für den Rechtsaußenpolitiker Itamar Ben-Guir, er hat sich seine Zustimmung

zur Oesterpause bei der Justizreform von Premier Netanyahu teuer abkaufen lassen.

In Heikler Mission sind EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron unterwegs nach China.

Dabei geht es neben politischen Themen auch um handfeste wirtschaftliche Interessen in einem immer schwierigeren internationalen Kontext.

Volker Obermeier berichtet.

China und die EU verbinden enge Handelsbeziehungen.

Beim Treffen mit Staats- und Parteichef Xi Jinping in Peking soll das Verhältnis neu definiert werden.

Ursula von der Leyen verlangt mehr Fairness und Transparenz.

Als einen der wichtigsten Punkte in Peking wertete EU-Handelskammerchef Jörg Wutke das Thema Taiwan Zentrum der weltweiten Chipfertigung.

Die Politisierung des gesamten Geschäfts hier in Ostasien ist höchstproblematisch.

Ein Krieg in Taiwan würde die Globalisierung zum Entgleisen bringen.

Nach Angang der EU-Handelskammer ist China-wirtschaftlich deutlich stärker von der EU abhängig als umgekehrt.

Es geben nur wenige Bereiche, in denen Europa stark auf das Land angewiesen und theoretischer pressbar sei.

Da gehe es vor allem um seltene Rohstoffe oder Vorprodukte für die Pharmaindustrie.

Weil hinter der beliebten App TikTok chinesische Spionage vermutet wird, haben einige Länder diese bereits von den Handys ihrer Staatsbediensteten verbannt.

Jetzt hat Großbritannien eine Millionenstrafe gegen TikTok verhängt.

Wegen Missachtung des Datenschutzes für Kinder muss TikTok knapp 13 Millionen Pfund bezahlen.

Aus London berichtet Jörg Winter.

Fast eineinhalb Millionen Kinder unter 13 Jahren haben innerhalb eines Jahres einen Account bei TikTok in Großbritannien eröffnet und das obwohl die eigenen Regeln des Unternehmens dies untersagen.

Persönliche Daten von Kindern seien außerdem ohne älterliche Einwilligung genutzt worden, was britischem Recht klar widerspricht.

Leitende Angestellte des Unternehmens hätten zwar intern Bedenken geäußert, doch habe das Management darauf nicht angemessen reagiert, sagt die britische Datenschutzbehörde, die die Millionenstrafe verhängt hat.

International nimmt der Druck auf die Kurzvideo-App, hinter der das chinesische Technologieunternehmen

bei den steht längst zu, es geht um Sicherheitsbedenken wegen der Nähe des Unternehmens zur

Regierung

in Peking, Stichwort Datensicherheit oder Cyber-Spionage.

Und so wird die Liste jener Länder, in denen Regierungsmitarbeiter und Mitarbeiterinnen auf ihren Telefonen die App nicht mehr installieren dürfen, immer länger.

Österreichweit gibt es bereits mehr Wahlerzte als Karsenerzte, neue Stipendien sollen da in der Steiermark gegen Steuern.

Ab heute können sich Medizinstudierende dort für eines dieser Stipendien bewerben, im Gegenzug verpflichten sie sich für einen gewissen Zeitraum als Karsenerzte oder auch in Krankenhäusern des Landes zu arbeiten.

Es gibt ja jetzt zwei Stipendienmodelle, für eines kann man sich ab dem zweiten Studienabschnitt bewerben, da bekommt man dann 950 Euro pro Monat, für das zweite Modell kann man sich erst ab Beginn des klinisch-praktischen Jahres bewerben, da bekommt man dann pro Monat 2200 Euro bei beiden Modellen, ist es jedenfalls so, dass man sich dazu verpflichtet, auch nach dem Studium für einen gewissen Zeitraum in Spedälern der Kages oder auch als Kassenarzt oder Ärztin zu arbeiten, sagt Metonirektor Helmut Samoanik.

Wir glauben, dass es schlussendlich nicht darum geht mehr Ärzte zu produzieren, sondern zu schauen, dass sie dort arbeiten, wo wir sie brauchen.

Also zum Beispiel in Krankenhäusern am Land oder auch in Hausarztpraxen, man kann sich ab heute über die Homepage der Kages bewerben, vorerst einmal bis 4. Mai und übrigens, man kann die Dienstjahre auch in Teilzeit abarbeiten, das dauert dann aber naturgemäß länger.

Die Abschiebung eines gut integrierten 13 Jahre alten Buben und seiner Mutter nach Azerbaijan vor etwas mehr als einem Jahr hat nicht nur in Salzburg Hohewellen geschlagen, 14.000 Personen haben eine Petition für die Rückkehr des Buben unterzeichnet.

Heute ist der Jugendliche legal mit einem Schülervisum wieder eingereist, seine Mutter musste allerdings zurücklassen, berichtet Jürgen Pettinger.

Ganz ähnlich wie im Fall der Wiener Schülerin Tina, die ein Jahr zuvor mit ihrer Familie nach Georgien abgeschoben worden war, hat auch der mittlerweile 14-jährige Hüsser in Asimov nur für sich selbst ein Einreisevisum erhalten.

Direkt nach seiner Ankunft am Flughafen Wien-Schwächert haben wir ihn am Telefon erreicht. Hallo.

Hallo Hüssern.

Hallo.

Wie geht's dir denn?

Gut, und innen.

Danke auch sehr gut.

Auf was freust du dich am meisten jetzt in Österreich wieder?

Erstens Schule und natürlich Tischtennis und Freunde.

Mhm.

Wie ist es dir gegangen in Azerbaijan?

Ja, Mittel.

Warum nur Mittel?

Ich könnte ja nicht in die Schule gehen.

13. Jahr 2016, vor sieben Jahren ist Hüssern mit seinen Eltern nach Österreich gekommen, hat eine Mittelschule in Salzburg besucht und sich im Tischtennisverein zu einem regelrechten

Sportass entwickelt.

Jahre später wurden er und seine Familie dennoch nach Azerbaijan zurück abgeschoben.  
Erzählt Walter Winde, Schwizpräsident des Tischtennisvereins.

Der ist am 12.

Februar vorhin so abgeholt worden, das war mein Geburtstag, da er vergessen ist nicht so schnell und ich habe mir geschworen, ich werde alles tun und wenn es Jahre dauert, um ihn wieder herzuholen, werde ich das als furchtbar ungerecht empfunden, also ich bin überglücklich.

Anwalt der Familie Wilfried Embacher kritisiert, dass genau wie im Fall Tina auch bei Hüssern das Kindeswohl nicht ausreichend berücksichtigt worden sei.

Wenn man das Kindeswohl richtig versteht, so wie es das Bundesverfassungsgesetz vorsieht, dann dürfte es gar nicht zu diesen Abschiebungen kommen.

Wegen der Abschiebung wurde die Mutter von Hüssern mit einem dreijährigen Einreiseverbot belegt.

Der 14-Jährige ist alleine wieder eingeräst.

Ich mir wäre es besser mit meiner Mutter, mit meiner Familie natürlich, also ich vermisse alle.

Sagt Hüssern Asimov direkt nach seiner Ankunft heute in Wien.

In Salzburg wird der 14-Jährige jetzt bei einer Gastfamilie erleben.

Wenn wir zu lange nicht essen, geht uns die Energie aus und wir werden müde.

Das ist nicht neu.

Einen ganz ähnlichen Effekt, wie Hunger, kann aber auch Isolation haben.

Das belegt jetzt eine Untersuchung von Wiener Psychologinnen und Psychologen, die dafür auch Daten aus dem ersten Lockdown in Österreich und Italien ausgewertet haben.

Petra Jeschek mit den Einzelhalten.

Acht Stunden allein sein ist für uns wie wenig Essen.

Beide Zustände führen zu verminderter Energie und erhöhter Müdigkeit.

Wenn die Grundbedürfnisse nicht befriedigt werden, beginnen manche stark zu leiden.

Die Fachleute interpretieren dies als Folge eines aus dem Gleichgewicht geratenen grundlegenden psychologischen Bedürfnisses nach Kontakt zu anderen Menschen.

Die menschliche Psyche sind mehr oder weniger automatisch darauf, nach Phasen der Isolation wieder mit anderen Menschen in Kontakt zu treten.

Ist das nicht möglich, gerät das psychische Gefüge aus den Fugen?

Allerdings ist diese Reaktion auch stark von der Persönlichkeitsstruktur abhängig, wie die Studie zeigt.

Bei der Studie verbrachten einerseits im in Wien durchgeführten Experiment 30 Teilnehmer innen an drei Tagen je acht Stunden im Labor.

Andererseits wurden Befragungen durchgeführt, wie es Menschen während des ersten Lockdowns ja ging.

Definitiv nicht allein, hoffentlich nicht hungrig und damit voller Energie jetzt ansehen per mitten Meldungen.

Die Proteste der Kulturbranche gegen die schwarz-blaue Koalition in Niederösterreich dauern an.

Die IG-Autorinnenautoren polkultiert ab sofort Repräsentationsveranstaltungen des Landes,



solange das derzeitige Regierungsabkommen gilt.

Denn dieses bedeutet das Ende für den kulturellen Aufbruch in Niederösterreich, der bis vor kurzem noch beispielgebend gewesen sei, heißt es in einer Erklärung.

Die ÖVP Niederösterreich reagiert mit einem Gesprächsangebot, man nehme die Sorgen ernst, aber gegen überzogenen Alarmismus.

Im Iran sind der neuzwanzig Schülerinnen vergiftet worden.

Sie mussten mit Atemnot ins Krankenhaus gebracht werden, nachdem sie in ihrer Schule im Nordwest-Iran einen unangenehmen Geruch bemerkt hatten.

Seit November waren nach offiziellen Angaben landesweit schon mehr als 5.000 iranische Schülerinnen von Vergiftung Symptomen betroffen, wer hinter den Giftanschlägen steckt ist unklar.

Der UNR-Rechtsrat verurteilt die Verschleppung ukrainischer Kinder und Erwachsener aus den von Russland besetzten Gebieten.

28 der 47 Grad Mitglieder stimmten für eine Resolution, die Russland zum Stopp der Deportationen auffordert.

Nach ukrainischen Angaben wurden mehr als 16.000 Kinder nach Russland verschleppt, die UNR konnte die Zahl bisher nicht verifizieren.

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz wird heuer 1.500 Stellen abbauen, von den weltweit 350 Stützpunkten werden 20 geschlossen, zugesagte Spenden seien nicht eingetroffen - außerdem belastet die hohe Inflation des Budget.

Insgesamt müssten mehr als 430 Millionen Euro eingespart werden, teilt die Hilfsorganisation mit.

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz setzt sich weltweit für die Betroffenen von bewaffneten Konflikten ein.

Durch den Klimawandel drohen in der Arktis großflächige Umweltschäden, denn die Permafrostböden

unter tausenden Industrieanlagen taun auf und damit auch die giftigen Industrieabfälle waren das Deutsche Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung, die Bandbreite der Substanzenreiche von Dieselmotoren über hochgefährliche Schwermetalle bis hin zu radioaktiven Abfällen.

Das Wetter morgen in der Früh verbreitet Frostig und auch tagsüber frisch bei maximal 2 bis 10 Grad, zeitweise überall Sonnig, am längsten im Westen und Süden, im Tagesverlauf auch einige Wolken.

Vielen Dank Anseln Perr, jetzt gleich geht es weiter mit dem Journal-Panorama und Monika Fechner-Zimmermann.

Guten Abend.

Morgen beginnt das jüdische Pessachfest, der islamische Fastenmonat Ramadan läuft seit 22.

März und auch Ostern steht vor der Tür.

Das dürfte die ohnehin ständig bestehenden politischen Spannungen in Israel, speziell in den Palästinenser-Gebieten weiter erhöhen, schon im Vorfeld waren Gewaltausbrüche befrieden.